

Hermann Schoppe

Auszüge aus der Rede zum Thema

Ausländer in Offenbach

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist schon bemerkenswert, was man mit einem aus dem Zusammenhang herausgerissenen Satz an politischer Agitation betreiben kann; wie man einen solchen Satz instrumentalisieren kann, um eigene politische Ziele zu verfolgen, die mit der Sache nur noch zum Teil zu tun haben. (...)

Grüne und FWG haben nur Probleme hinterlassen

Ich frage Sie, welchen Beitrag haben Sie als Grüne oder als Freie Wähler denn in den Jahren von 1985 bis 1991 zur Lösung der Probleme in dieser Stadt geleistet? Was haben Sie dafür getan? Sie haben kritisiert, dass sich jemand zu diesem Thema geäußert hat. Aber Ihr Beitrag der ist doch gleich Null. Sie haben Probleme hinterlassen und die Probleme in den letzten Jahren eigentlich nur vergrößert. Wir gehen die Probleme an und bemühen uns gemeinsam als Große Koalition von CDU und SPD die Probleme anzupacken und zu lösen. Da ist es sicherlich hilfreich, wenn man differenziert an dieses Thema herangeht. Von *den* Ausländern zu reden, ist sicherlich genauso falsch, wie zu sagen, dass das Problem der Asylbewerber eigentlich nur ein Problem ist, das unser Asylrecht geschaffen hat.(...) Juristische Seminare abzuhalten, das löst die Probleme der Bürger in unserer Stadt und ihre Sorgen und Nöte nicht. (...)

Sie sind als Vertreter der Bürgerschaft dieser Stadt gewählt worden; haben sie denn den Kontakt zu den Bürgern und zu den Menschen dieser Stadt verloren? Wissen Sie denn nicht mehr, was die Menschen in unserer Stadt denken und dass sie sich zum großen Teil nicht wagen, es auch auszudrücken oder es in den Medien beispielsweise in Form von Leserbriefen oder Stellungnahmen wiederzugeben? Ist das ein erträglicher Zustand in unserer Gesellschaft? Haben wir als Politiker nicht verantwortungsbewusst dazu beigetragen, dass dieser Zustand beseitigt wird? (...)

Kein Stammtischgerede

Das von mir angesprochene Ausländerproblem lässt sich nicht so einfach damit abtun, das sei Stammtischgerede. Meine Damen und Herren, um im Bild zu bleiben, so viele Stammtische und so viele Gaststätten gibt es gar nicht, wie dieses Problem den Menschen in dieser Stadt auf den Nägeln brennt. (...) Ich wiederhole auch an dieser Stelle, was ich vorige Woche öffentlich im Hessischen Rundfunk zu diesem Thema und zu dieser meiner Äußerung beim Neujahrsempfang der Offenbacher CDU am 19. Januar im Büsingpalais gesagt habe, nämlich: *„Nehmen Sie den missverstandenen Satz weg, dann haben Sie aber immer noch das Problem, dass mit der hohen Zahl von Ausländern und Asylbewerbern in Offenbach das von uns allen angestrebte Ziel des friedlichen Miteinanders von Deutschen und Ausländern nicht zu erreichen ist.“* Nach diesen erneuten Feststellungen dürften sich für Sie die

Aufgeregtheiten in Luft auflösen. Es sei denn, es ginge Ihnen um anderes, nämlich um politisches Kalkül. Und nun schauen Sie sich doch auch einmal um und verschließen nicht die Augen vor den Problemen in unserer Stadt:

Gefahr der Überfremdung

Nehmen Sie mal den Bericht aus dem Darmstädter Echo über den 14. Neujahrsempfang der SPD in Oberramstadt. Was sagte dort der Vorsitzende des Ortsvereins, Manfred Fischer? Ich zitiere: „Das Problem der Asylbewerber – in Oberramstadt wird es bald 120 Flüchtlinge geben – könne nur bürgerschaftlich gelöst werden...Viele Bürger störten sich inzwischen bereits an Überfremdung.“ Wortwörtlich: An Überfremdung.... Oder nehmen Sie die Äußerung des noch amtierenden Landrats, Friedrich Keller, die er in der Offenbach-Post im vergangenen Jahr gemacht hat. Ich zitiere: „Den Kreisen und Gemeinden ist jedenfalls nicht noch mehr zumutbar.“ (...)

Wie ist denn die Situation in Offenbach? Wir haben ruinierte Finanzen mit allen Folgen für die gesamte Bevölkerung. (...) Wir haben einen unverhältnismäßig hohen Anteil an älteren Bürgern sowie an sozial schwachen Mitbürgern. Wir haben einen unheimlich hohen Anteil an Arbeitslosen. Und wir haben einen überproportional hohen Anteil an ausländischer Bevölkerung. Die Tatsache können Sie auch nicht wegdiskutieren, dass in der Innenstadt, so bestätigt auch der Vorsitzende des Ausländerbeirats, Herr Greguric, über 50 % ausländische Mitbürger wohnen. Und wenn die frühere Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Frau Funcke, die bekanntlich nicht unserer Fraktion angehört, lieber Herr Kollege Hammerich, dass es bei einem Ausländeranteil von etwa 10 % nahezu unmöglich ist, die von uns allen gewünschte Integration und das gemeinsame Miteinander von Deutschen und Ausländern zu bewerkstelligen, dann ist es doch auch berechtigt, sich einmal bei diesen Zahlen Gedanken darüber zu machen, ob das, was ich beschrieben habe, politisch vertretbar, politisch verantwortbar ist. (...) Und wenn Frankfurt in der Vergangenheit einen Teil seiner Asylbewerber in Offenbacher Hotels untergebracht hat, dann halte ich auch das für eine Tatsache, an der wir nicht einfach vorbeigehen können und was sich auch nicht wiederholen darf. Offenbach darf nicht das Ausweichquartier für Frankfurter Probleme sein. Denn das ist ja wohl jedem klar, dass diese Situation zu sozialen Spannungen in der Bevölkerung führt, und ich sage einmal, Gott sei Dank ist es noch nicht zu größeren Ausschreitungen in unserer Stadt gekommen.

Den weiteren Zuzug von Ausländern begrenzen

Unsere Aufgabe ist es eben, diese sozialen Spannungen abzubauen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die Ausländerzahlen steigen und Sie brauchen nur die Offenbach-Post aufzuschlagen oder sich die letzte Veröffentlichung unseres Statistischen Amtes vorzunehmen, dann stellen Sie fest, dass zum Beispiel im Dezember des letzten Jahres die Zahl der Deutschen in Offenbach um 144 abgenommen und die Zahl der Ausländer um 263 zugenommen hat. Das macht deutlich, dass der Trend zu einem immer höheren Anteil ausländischer Bevölkerung geht, was aber das gemeinsame Miteinander gefährdet und eine Integration unmöglich macht. Was ist zu tun? Lassen Sie mich das ganz deutlich sagen: Wir müssen den weiteren Zuzug von Ausländern beschränken. Das ist ein Punkt, der nicht nur Unionsposition ist, sondern den CDU und SPD in der Koalitionsvereinbarung schriftlich niedergelegt haben. Unter dieser Vereinbarung stehen die Unterschriften der führenden Repräsentanten von CDU und SPD. Danach wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den weiteren Zuzug von Ausländern zu beschränken. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um strafrechtlich Verurteilte auszuweisen und um straffällige Asylbewerber

abzuschieben. Das ist gemeinsame Vereinbarung der beiden Koalitionsfraktionen. Und es ist darüber hinaus auch Erkenntnis auf höherer Ebene. Wie kommt es denn, dass Herr Eichel ein Einwanderungsgesetz fordert und Herr Schneider hat es vorhin ja auch angedeutet, dass er bereit ist, über ein Einwanderungsgesetz nachzudenken. Aber nicht nur Herr Eichel, auch der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Herr Klemm, oder, liebe Frau Egerer, ich nehme an, Sie kennen Ihren Parteikollegen Cohn-Bendit, der auch (...) diese Forderung nach einem Einwanderungsgesetz erhoben hat. (...)

Grundgesetzänderung notwendig

Wir müssen eine Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes vornehmen. Und so sicher wie das Amen in der Kirche: nicht nur die FDP, sondern auch die SPD wird über kurz oder lang an einer solchen Regelung nicht vorbeikommen. Ich fordere jedenfalls alle politisch Verantwortlichen auf, im Bundestag auch die notwendigen Stimmen dafür herzugeben, dass diese notwendige Änderung im Interesse unserer Bevölkerung auch in unserer Stadt Offenbach demnächst vollzogen wird und das Grundgesetz im Artikel 16 ergänzt wird. Ich sage aber auch, dass wir in dieser Stadt dafür sorgen müssen, dass wir auch in der Innenstadt beispielsweise neue, gute Wohnungen bauen und anbieten, denn die Wohnstruktur hängt ja auch damit zusammen, was sich in der Innenstadt tut. Ich kann nicht einfach nur sieben, acht Jahre, wie das in Offenbach unter anderer Mehrheit geschehen ist, keine Grundstücke ausweisen und nur in Einzelfällen vielleicht noch eine Baulücke schließen. Dann führt das zu dem, was wir in der Innenstadt erleben. Wir müssen Wohnungen schaffen in den Außenbezirken, aber wir müssen auch Wohnungen schaffen in der Innenstadt.

Neue, bessere Wohnungen in der Innenstadt notwendig

(...) Wer der CDU Ausländerfeindlichkeit unterstellt oder behauptet, sie würde sie schüren, der nimmt entweder die Fakten nicht zur Kenntnis oder ist ganz einfach böswillig. Denn ich frage Sie einmal, zu welchen Veranstaltungen haben Sie in der Vergangenheit alle Ausländer eingeladen, wie das die Union bei ihren Neujahrsempfängen tut? Darf ich Ihnen sagen, dass sich nach dem Neujahrsempfang alle Vertreter der ausländischen Vereine, die anwesend waren und die ich wie seit Jahren begrüßt habe, bei mir bedankt haben, dass sie wieder eingeladen waren und dass ich sie ausdrücklich begrüßt habe? Auch so etwas sollte man ganz einfach zur Kenntnis nehmen, wenn man behauptet, die CDU schüre Ausländerfeindlichkeit.

CDU seit Jahren aktiv um Integration von Ausländern bemüht

Nehmen Sie die Tatsache zur Kenntnis, dass Italiener und Griechen seit Jahren in unserer Geschäftsstelle mit uns gemeinsame Arbeit leisten. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Union und besonders unsere Kollegin Helga Lindau sich um dieses wichtige Feld bemühen. Und nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir als Partei beschlossen haben, einen Arbeitskreis zu gründen, der sich speziell mit diesen Problemen befassen wird. Ich frage die anderen Parteien, die sich hier so aufgespielt haben: Was ist Ihr Beitrag, was haben Sie für die Integration getan? Wer wie wir ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern will, der muß die Probleme erkennen, der kann vor diesen Problemen nicht einfach die Augen verschließen. Er muß aber auch die Probleme beim Namen nennen und selbst zur Lösung beitragen.

Offenbacher Stadtverordnetenversammlung am 30.1.1992